

Westafrika News 2016

Cote d'Ivoire 01.01.2016

Präsident begnadigt tausende Häftlinge

In der Cote d'Ivoire hat Präsident Alassane Ouattara 3.100 Gefangene begnadigt. Einige von ihnen würden sofort entlassen, für andere Häftlinge wird das Strafmass herabgesetzt, sagte der Staatschef am Donnerstag in seiner Neujahrsansprache. Es handelt sich um Gefangene, die wegen der blutigen Krawalle nach der Präsidentschaftswahl 2010 verurteilt worden waren. Ouattara steht seit 2010 an der Spitze des Landes, im Oktober wurde er wiedergewählt. Bei der Wahl vor fünf Jahren hatte sich sein Amtsvorgänger Laurent Gbagbo geweigert, den Sieg Ouattaras anzuerkennen. Es war zu monatelangen Unruhen in dem westafrikanischen Land gekommen, in deren Verlauf 3.000 Menschen getötet wurden. Ouattara sprach in der Ansprache auch von den wirtschaftlichen Veränderungen in der Cote d'Ivoire. Für das Jahr 2016 sollen durch eine weiterhin gute wirtschaftliche Leistung mehr Wohlstand und auch mehr Arbeitsplätze für die Jugend des Landes entstehen. Die Cote d'Ivoire leidet immer noch unter einer hohen Jugendarbeitslosigkeit. "Durch die Diversifizierung unserer Wirtschaft, sind wir nun eines der Länder mit der am schnellsten wachsende Wirtschaft in Afrika und weltweit, mit einer Wachstumsrate von rund 9% pro Jahr in den vier den letzten Jahren", sagte Ouattara weiter im nationalen Fernsehen RTI 1.

Gambia 05.01.2016

Kopftuchpflicht für weibliche Regierungsangestellte

In Gambia müssen Frauen künftig während ihrer Arbeitszeit Kopftücher tragen, wenn sie für die Regierung arbeiten. Das ordnete die Regierung am Montagabend in einer Anweisung an alle Ministerien und Regierungsbehörden an. Die Haare müssten "ordentlich" unter einem Kopftuch zusammengebunden werden, hiess es. Mitte Dezember 2015 hatte Präsident Yahya Jammeh das Land zur Islamischen Republik erklärt. Geschätzte 90 Prozent der fast zwei Millionen Einwohner sind Muslime. Zuvor hatte Jammeh, der seit einem Putsch im Jahr 1994 an der Macht ist, bereits strikte Gesetze gegen Homosexualität sowie zur Einschränkung der Medienfreiheit erlassen. Das bei Touristen für seine Strände beliebte Land ist laut Angaben der Weltbank eines der ärmsten Staaten der Welt.

Cote d'Ivoire 06.01.2016

Regierung von Cote d'Ivoire zurückgetreten

In der Cote d'Ivoire (Elfenbeinküste) ist das Kabinett unter Führung von Ministerpräsident Daniel Kablan Duncan zurückgetreten, um den Weg für eine Regierungsumbildung freizumachen. Präsident Alassane Ouattara bestätigte am Mittwoch offiziell den Rückzug des bisherigen Premiers und bedankte sich bei dem 73-Jährigen für dessen treue Dienste. Mit der Regierungsumbildung soll das von Ouattara geplante "Erneuerungsprojekt" vorangetrieben werden. Ouattara selbst war im Oktober für eine zweite Amtszeit als Präsident wiedergewählt worden. Bei der darauffolgenden Amtseinführung hatte Ouattara versprochen, den Aussöhnungsprozess zwischen den ehemaligen Bürgerkriegsparteien zu beschleunigen, mehr für eine gerechtere Verteilung des Wohlstands zu tun, Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu ergreifen und eine neue Verfassung ausarbeiten zu lassen. Sie soll Gegenstand einer Volksabstimmung werden. Nach der ersten Wahl Ouattaras zum Präsidenten 2010 hatte sich sein Amtsvorgänger und Konkurrent Laurent Gbagbo geweigert, den Wahlsieg Ouattaras anzuerkennen. Dies führte zu monatelangen Unruhen in dem westafrikanischen Land, in deren Verlauf 3.000 Menschen getötet wurden.

Burkina Faso 15.01.2016

Geiselnahme durch Terroristen in Hotel

In Burkina Faso haben Terroristen ein Hotel gestürmt und dabei offenbar mehrere Geiseln in ihre Gewalt gebracht. Der Angriff auf das bei Ausländern beliebte Hotel in der Hauptstadt Ouagadougou hatte gegen 19.45 Uhr begonnen. Bei dem Hotel stand ein Auto in Flammen, berichtete ein AFP-Reporter. Bewaffnete hätten mehrere Geiseln genommen, hiess es aus Sicherheitskreisen. Die französische Botschaft in Burkina Faso sprach von einem "Terrorangriff". Der Angriff auf das Hotel "Splendid" und ein Casino dauere derzeit noch an, sagte ein Polizei-Offizier am Freitagabend. Die Polizei versuche aktuell, sich einen Überblick über die Anzahl der Angreifer zu verschaffen, um ihre Aktionen besser zu koordinieren. Augenzeugen berichteten von Schusswechseln zwischen Sicherheitskräften und den Angreifern sowie mehreren Explosionen, drei bewaffnete Männer mit Turbanen hätten das Gebäude gestürmt. Bereits in den Nachmittagsstunden hatten Angreifer an der Grenze zu Mali im Norden des Landes nach Angaben der Armee zwei Menschen getötet.

Burkina Faso 16.01.2016

Terroristen greifen zweites Hotel an,

Luxushotel gestürmt und 126 Geiseln befreit

In der burkinischen Hauptstadt Ouagadougou ist am Samstag früh ein zweites Hotel angegriffen worden. Es gebe einen Angriff auf ein weiteres Hotel und er dauere an, sagte Innenminister Simon Compaore. Die Sicherheitskräfte in Burkina Faso hatten das erste von mutmasslichen islamistischen Terroristen in ihre Gewalt gebrachte Luxushotel gestürmt und 126 Geiseln befreit. Drei Angreifer sind tot und 33 der Geiseln verletzt. Bei einem Anschlag auf ein bei Ausländern beliebtes Hotel und ein benachbartes Restaurant in Burkina Faso sind in der Nacht auf Samstag mindestens 20 Menschen getötet worden. Etwa 15 weitere hatten Schusswunden erlitten, so der Direktor des grössten Krankenhauses der Hauptstadt Ouagadougou. Feuerwehrleute hatten auf der Terrasse des Restaurants zehn Tote Hotelgäste entdeckt, teilte das Innenministerium am Samstagvormittag mit. Zuvor hatte der Direktor des Universitätskrankenhauses bereits von mindestens 20 Toten gesprochen. Nach Angaben von Kommunikationsminister Remis Dandjinou konnten 63 Geiseln bis in die Morgenstunden befreit werden. Weiterhin durchkämmten Soldaten und Mitglieder einer französischen Spezialeinheit das Gebäude. Augenzeugen berichteten von heftigem Gefechtslärm aus den oberen Stockwerken, der gegen 6.00 Uhr Mitteleuropäischer Zeit begonnen hatte. Zu dem Anschlag bekannte sich laut der auf Terrorgruppen spezialisierten US-Organisation "Site" die Al-Kaida im Islamischen Maghreb (AQIM). Die Terrorgruppe AQIM will 30 Menschen getötet haben, berichtet Site", die Jihadisten-Propaganda analysiert. Die Angreifer waren nach Angaben von Augenzeugen mindestens drei Männer mit Turbanen. Sie hatten das fünfstöckige "Splendid"-Hotel im Geschäftsviertel Ouagadougous gegen 19.45 Uhr Lokalzeit gestürmt und dabei auch das Feuer auf Gäste eines danebenliegenden Restaurants eröffnet. Sie schossen um sich und setzten Autos in Brand. Danach verschanzten sie sich mit Geiseln im Gebäude. Wieviele Gäste und Angestellte sich in dem Gebäude mit 147 Zimmer aufhielten, war zunächst nicht bekannt. Nach rund einstündiger Ruhe kam es Augenzeugen zufolge wieder zu Schusswechseln. Dabei soll ein Zivilist getötet worden sein. Sanitäter brachten vor dem Hotel Verletzte in Sicherheit. Journalisten berichteten zudem von einem Feuer in der Eingangshalle, auch Schreie sollen zu hören gewesen sein. Sperrzone errichtet Einsatzkräfte hätten rund um den Anschlagort eine Sperrzone errichtet und würden sich auf die Erstürmung des Gebäudes vorbereiten, sagte Aussenminister Barry. Beim dem Militäreinsatz wurden die einheimischen Sicherheitskräfte von französischen und US-Spezialkräften unterstützt. "Französische Kräfte unterstützen die burkinischen Kräfte", verlautete am Samstag früh aus dem Elysee-Palast in Paris. Französische Soldaten sind im Rahmen der Terrorismusbekämpfung in der Sahel-Region am Stadtrand von Ouagadougou

stationiert. Auch die USA haben 75 Militärangehörige in Burkina Faso. Einige davon unterstützen die französischen Spezialkräfte bei dem laufenden Einsatz, hiess es aus Washington. Der Direktor der Universitätsklinik in Ouagadougou, Robert Sangare, sagte, eine verwundete Europäerin habe ihm erzählt, es schiene, als ob es die Angreifer bewusst auf Menschen mit weisser Hautfarbe abgesehen hätten. Das "Splendid" ist bei Ausländern, UN-Mitarbeitern sowie Soldaten der französischen "Barkhane"-Mission zur Bekämpfung radikaler Islamisten in der Region beliebt. Bisher war die frühere französische Kolonie Burkina Faso weitgehend von Anschlägen islamistischer Gruppen verschont worden, die in anderen Ländern der Region immer wieder Gewalttaten verübten. Mit etwa 60 Prozent stellen die Muslime in Burkina Faso die grösste Religionsgemeinschaft, gefolgt von Christen und Animisten. Bisher war Burkina Faso kaum im Visier islamistischer Extremisten. Burkina Faso ist der grösste Baumwollproduzent Afrikas und hat grosse Goldvorkommen. Dennoch zählt der afrikanische Staat zu den 10 ärmsten Ländern der Welt.

Burkina Faso 17.01.2016

Nach Terrorangriff: 29 Tote und 156 Geiseln befreit

Unter den Todesopfern des islamistischen Angriffs auf ein Hotel in Burkina Faso sind auch sechs Kanadier. Das erklärte Kanadas Premierminister Justin Trudeau am Samstag (Ortszeit) in Ottawa. Trudeau verurteilte den "tödlichen Terrorangriff" in Burkina Fasos Hauptstadt Ouagadougou. Den Behörden des Landes bot er Unterstützung bei den Ermittlungen des "schrecklichen Verbrechens" an. Bei dem Angriff auf ein bei Ausländern beliebtes Hotel und ein Restaurant in Ouagadougou waren in der Nacht zum Samstag mindestens 29 Menschen getötet worden, darunter zahlreiche Ausländer aus 18 Nationen. Unter den Opfern waren laut den Angaben nationaler Regierungen auch jeweils zwei Franzosen und Schweizer sowie ein Niederländer. Zu dem Anschlag bekannte sich die Jihadistengruppe Al-Kaida im Islamischen Maghreb (AQIM). Die islamistischen Angreifer würden gegen "Feinde der Religion" kämpfen, hiess es in einer Bekennerbotschaft. Frankreichs Präsident François Hollande sprach von einem feigen Terrorakt und sagte seinem burkinischen Kollegen Kaboré nach Élysée-Angaben "volle Unterstützung" und die Hilfe französischer Einsatzkräfte zu. Die EU-Aussenbeauftragte Federica Mogherini verurteilte die Tat auf Schärfste. Die EU sei entschlossen, Burkina Faso weiter im Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen. Die Attentäter waren am Freitagabend in das bei Ausländern beliebte Hotel "Splendid" und das nahe gelegene Restaurant "Cappuccino" gestürmt. Sie erschossen zahlreiche Menschen und nahmen anschliessend mehr als hundert Geiseln. Am frühen Samstagmorgen wurden das Vier-Sterne-Hotel und das Restaurant dann von Sicherheitskräften gestürmt. Dabei wurden nach Angaben des burkinischen Präsidenten Roch Marc Christian Kabore 156 Menschen befreit, davon waren rund 50 verletzt gewesen. Auch französische Spezialkräfte und US-Truppen beteiligten sich an dem Einsatz.

Cote d'Ivoire 28.01.2016

Weltstrafgericht eröffnete Prozess gegen Ex-Staatschef Gbagbo

In Den Haag hat der Prozess gegen den ehemaligen Staatschef der Cote d'Ivoire, Laurent Gbagbo, begonnen. Der 70-Jährige plädierte am Donnerstag nach Verlesung der Anklageschrift auf nicht schuldig. Ihm werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des blutigen Machtkampfs nach der umstrittenen Präsidentenwahl 2010 vorgeworfen. "Ich plädiere auf unschuldig", sagte Gbagbo. Auch sein ebenfalls angeklagter ehemaliger Jugendminister und Milizenchef Charles Ble Goude erklärte sich auch für unschuldig. Ihnen werden unter anderem Mord, Vergewaltigung und die Verfolgung ihrer Gegner vorgeworfen. Gbagbo erschien lächelnd und entspannt im blauen Anzug zu der Gerichtssitzung. Chefanklägerin Fatou Bensouda sagte, die Anklage habe "eine grosse Zahl an Beweisen gegen die beiden Angeklagten" zusammengetragen. "Die Cote d'Ivoire versank in Chaos und

war Schauplatz unsagbarer Gewalt", die teilweise von Gbagbo orchestriert worden sei. Der damalige Präsident habe "vorgehabt, unter Einsatz aller Mittel an der Macht zu bleiben", sagte Bensouda. Er habe "Gewalt als Politik mit anderen Mitteln" betrachtet. Der Vorsitzende Richter Cuno Tarfusser warnte vor einer "politischen Instrumentalisierung" des Prozesses durch die Parteien in der Cote d'Ivoire, wo die Erinnerung an den Konflikt 2010 noch immer die Bevölkerung spaltet. "Dies ist kein Prozess gegen die Cote d'Ivoire oder das ivoirische Volk, sondern gegen zwei physische Personen", sagte Tarfusser und hob die "Unabhängigkeit" des Gerichts hervor. Vor das Gerichtsgebäude in Den Haag kamen hunderte Unterstützer von Gbagbo und Goude aus der grossen ivoirischen Diaspora in Europa. Sie hatten Trommeln und Fahnen dabei und forderten in Sprechchören die Freilassung der beiden Angeklagten. Gbagbo befindet sich seit November 2011 in Haft des Haager Gerichts. Goude war im Januar 2013 in Ghana festgenommen und anschliessend ebenfalls nach Den Haag ausgeliefert worden. Beim ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl im Oktober 2010 war Gbagbo mit gut 38 Prozent der Stimmen und fast sechs Prozentpunkten Vorsprung vor dem heutigen Staatschef Alassane Ouattara auf dem ersten Platz gelandet. In der Stichwahl Ende November 2010 kam Ouattara amtlichen Angaben zufolge auf gut 54 Prozent, Gbagbo auf knapp 46 Prozent. Ouattara wurde von der EU und den USA als Sieger anerkannt, doch erklärten Anhänger von Gbagbo das Ergebnis wegen angeblicher Unregelmässigkeiten für ungültig. Der Streit um das Wahlergebnis führte rasch zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Lagern. Dabei wurden bis Mai 2011 mehr als 3.000 Menschen getötet. "Als er verstand, dass ihm die Präsidentschaft entgleiten würde, begann er eine Kampagne der Gewalt", sagte Bensouda. Obwohl Gbagbo dazu in der Lage gewesen wäre, habe er die Gewalt nicht beendet. Gbagbo hielt sich noch monatelang im Präsidentenamt, obwohl Ouattaras Kämpfer in der Endphase sowohl von Truppen der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich als auch von UN-Soldaten unterstützt wurden.

Nigeria 18.02.2016

Soldaten befreien 200 Geiseln von Boko Haram

Spezialeinheiten der nigerianischen Armee haben acht Dörfer im Nordosten Nigerias von der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram zurückerobert und dabei fast 200 Geiseln befreit. Zahlreiche Fundamentalisten waren bei dem Einsatz im Bundesstaat Borno getötet worden, sagte Militärsprecher Sani Usman. Von den Terroristen gestohlene Lastwagen, 180 Motorräder, 750 Fahrräder sowie 300 Kühe, 200 Schafe und 130 Ziegen waren sichergestellt worden. Der "beispiellose Erfolg" des Einsatzes sei vor allem der erneuten Zusammenarbeit mit Einwohnern vor Ort zu verdanken, so Usman. Kurz zuvor hatten Soldaten nach Angaben des Militärs in 15 weiteren Dörfern in Borno mehr als 350 Boko-Haram-Geiseln befreit und zahlreiche Terroristenlager zerstört. Boko Haram ("Westliche Erziehung ist Sünde") terrorisiert den Nordosten Nigerias und die angrenzenden Gebiete der Nachbarländer Kamerun, Niger und Tschad. Die Islamisten wollen dort einen Staat mit strengster Auslegung des islamischen Rechts, der Scharia, errichten. Bei Anschlägen und Angriffen der Gruppe wurden seit 2009 über 14.000 Menschen getötet.

Niger 09.03.2016

Opposition boykottiert zweite Runde der Präsidentschaftswahl

Die Opposition boykottiert die zweite Runde der Präsidentschaftswahl im westafrikanischen Staat Niger. Seini Oumarou vom Oppositionsbündnis COPA kündigte am Dienstag an, dass der inhaftierte Herausforderer Hama Amadou nicht an der für den 20. März geplanten Wahl teilnehmen werde. Zur Begründung nannte er die "unfaire" Behandlung des ehemaligen Regierungschefs. Er beklagte zudem, dass das Verfassungsgericht das Ergebnis der ersten Runde noch nicht offiziell bekannt gegeben habe. Regierung will wählen lassen Die Regierung des wiederkandidierenden Amtsinhabers Mahamadou Issoufou will dagegen nach

Angaben von Innenminister Hassoumi Massaoudou an dem Urnengang festhalten. Nach Angaben der Wahlkommission kam er in der ersten Runde am 21. Februar auf gut 48 Prozent der abgegebenen Stimmen. Auf den seit November 2015 wegen angeblichen Babyhandels inhaftierten Amadou entfielen demnach knapp 18 Prozent der Stimmen. Amadou war im November bei seiner Rückkehr aus dem Exil festgenommen worden. Im Jahr 2014 war er wegen angeblichen Babyhandels angeklagt worden und ausser Landes geflohen. Den Menschen im Niger macht vor allem weitverbreitete Armut zu schaffen. Drei Viertel der Bevölkerung leben von umgerechnet weniger als zwei Euro pro Tag.

Cote d'Ivoire 13.03.2016

16 Tote bei Anschlägen auf Hotels in Grand Bassam

Mit Kalaschnikows bewaffnete Angreifer hatten in dem Hotel "L'Etoile du Sud" (Stern des Südens), sowie den Hotels "La Paillote" und "Koral Beach" das Feuer auf Gäste eröffnet, sagten Augenzeugen der Nachrichtenagentur AFP. Bei dem Anschlag sollen mindestens 14 Menschen getötet worden sein. Angeblich sollen die Angreifer "Allahu Akbar" (Gott ist gross) gerufen haben. Unter den Opfern sollen sich auch vier europäische Touristen befinden. Weitere Menschen wurde verletzt, wie Augenzeugen des Geschehens berichteten. Nach Angaben eines Mitarbeiters in einem Krankenhaus in Abidjan wurden in Folge der Anschläge mehr als 20 Schwerverletzte in das Krankenhaus eingeliefert. Die Zahl der Toten könnte dadurch weiter steigen. Im Internet veröffentlichte Videos zeigen vom Strand in den Hotelbereich flüchtende Menschen. Viele versteckten sich in ihren Häusern, während Sicherheitskräfte anrückten, sagte eine Anwohnerin der AFP. Bei den Gefechten mit den Angreifern wurden auch zwei ivoirische Soldaten getötet. Sechs mutmassliche Terroristen konnten nach den Anschlägen festgenommen werden. Da schon eine Terrorwarnung bestand, konnten die in Grand Bassam stationierten Soldaten schnell zu den Orten der Anschläge gelangen. Das rund 40 Kilometer östlich der Hauptstadt Abidjan gelegene Grand Bassam war während der französischen Herrschaft die wichtigste Stadt der Kolonie. Die Stadt ist bei westlichen Touristen beliebt. Die Côte d'Ivoire gilt wegen seiner geographischen Lage und wegen seiner politischen Nähe zu Frankreich schon länger als mögliches Anschlagziel radikaler Islamisten.

Cote d'Ivoire 14.03.2016

Mindestens 22 Menschen sterben bei Anschlägen auf drei Hotels

Bei dem Attentat vom Sonntag wurden 22 Menschen getötet, davon sind 14 Zivilisten, zwei Soldaten und sechs Terroristen. Weiter verletzte liegen in Krankenhäusern in Abidjan. Mehrere Europäer kamen bei dem Anschlag ums Leben, darunter auch die deutsche Leiterin des Goethe-Instituts in Abidjan. Mehrere bewaffnete Männer hatten am Sonntag in Grand-Bassam, rund 40 Kilometer östlich der Wirtschaftsmetropole Abidjan am Meer gelegen, das Feuer auf Hotelbesucher eröffnet. Überlebende des Angriffs schilderten schreckliche Szenen. Die verummten Angreifer kamen zur Mittagszeit vom Strand. Dabei sollen sie mehreren Restaurantbesuchern gezielt in den Kopf geschossen haben. Auch ein Kind wurde aus kürzester Entfernung hingerichtet. Eine Splittergruppe der Al-Kaida bekannte sich nach Angaben des französischen Radiosenders RFI zu den Anschlägen. In den Bekennterschreiben begründete AQIM die Attentate mit dem Kampf gegen den Einfluss Frankreichs in der Region. Die Regierung in Abidjan hatte den Kampf gegen Die Terroristen schon vor ein paar Jahren zu einer ihrer wichtigsten Aufgaben erklärt. Die Armee verstärkte besonders im Norden des Landes ihre Truppen, um zu verhindern, dass Angreifer aus Mali oder Burkina Faso einsickern.

Benin 21.03.2016

Geschäftsmann Talon gewinnt Präsidentenwahl in Benin

Der Geschäftsmann Patrice Talon hat die Präsidentenwahl im westafrikanischen Benin gewonnen. Sein Herausforderer Lionel Zinsou gestand seine Niederlage bei der Stichwahl am Sonntag ein. "Die vorläufigen Ergebnisse weisen auf einen durchschlagenden Sieg von Patrice Talon hin", sagte Zinsou der Nachrichtenagentur AFP am Telefon. In dem westafrikanischen Land waren rund 4,7 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, sich zwischen dem 61-jährigen bisherigen Regierungschef Zinsou und dem 57-jährigen Geschäftsmann Talon zu entscheiden. Zinsou kam im ersten Durchgang auf 27 Prozent der Stimmen, während Talon gut 23 Prozent erreichte. Insgesamt 33 Kandidaten hatten sich in der ersten Runde um die Nachfolge von Staatschef Thomas Boni Yayi beworben. Boni Yayi durfte nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten. Anders als viele afrikanische Präsidenten, die durch eine Änderung der Verfassung eine Begrenzung ihrer Amtszeiten zu umgehen suchen, verzichtete er auf eine weitere Kandidatur. Zinsou galt lange als Favorit in der Stichwahl. Er gehört zu Boni Yayis Regierungspartei FCBE und hatte die Unterstützung der meisten Abgeordneten im Parlament. Von den Kandidaten der ersten Runde stellten sich aber 24 hinter Talon, darunter der Drittplatzierte des ersten Wahlgangs, Sébastien Ajavon (22 Prozent). Der Geschäftsmann Talon, der mit Baumwolle und als Betreiber von Contonous Hafen zu Geld gelangt war, stellte sich als authentischer Vertreter der Bevölkerung dar, während er den in Frankreich ausgebildeten Zinsou wegen seines französischen Passes kritisierte.

Senegal 22.03.2016

63 Prozent Ja bei Verfassungsreferendum

Beim Verfassungsreferendum im Senegal hat das Regierungslager von Präsident Macky Sall einen Sieg errungen. Wie das Innenministerium am Dienstag mitteilte, stimmten fast 63 Prozent der Wähler den von Sall vorgeschlagenen Verfassungsänderungen zu. Gut 37 Prozent stimmten demnach mit Nein. Die Wahlbeteiligung bei dem Volksentscheid am Sonntag betrug gut 40 Prozent. Zu den Änderungen gehört neben mehr Bürgerrechten unter anderem die Verringerung der Amtszeit des Staatsoberhauptes auf fünf Jahre. Bisher waren es sieben. Sall hatte vor seiner Wahl im Jahr 2012 als Nachfolger von Abdoulaye Wade (2000 bis 2012) die Begrenzung auf fünf Jahre versprochen. Gegner des Präsidenten und Vertreter der Zivilgesellschaft waren dafür eingetreten, mit Nein zu stimmen. Sie werfen Sall vor, seine Versprechen nicht zu halten. Der Präsident hatte erklärt, ihm seien die Hände gebunden, weil das Verfassungsgericht seinen Vorschlag zur Verkürzung des Mandats ablehnte. Das bedeutet, dass Sall regulär bis 2019 im Amt bleibt. Die Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses des Referendums durch die nationale Wahlkommission wird für Freitag erwartet. Es bedarf dann noch der Zustimmung durch das Verfassungsgericht.

Nigeria 27.04.2016

Piratenüberfälle vor Nigeria und Cote d'Ivoire

Das Internationale Schifffahrtsbüro (IMB) hat wegen vermehrter Piratenangriffe vor der Küste Westafrikas Alarm geschlagen. "Der derzeitige Anstieg der Entführungen ist Anlass zu grosser Sorge", sagte IMB-Direktor Pottengal Mukundandas in Kuala Lumpur. Er bezeichnete die Gewalt im Golf von Guinea als inakzeptabel. Demnach wurden im ersten Quartal in Nigeria und der Cote d'Ivoire 44 Menschen entführt oder als Geiseln genommen. Im vergangenen Jahr waren es nach IMB-Angaben insgesamt 28 Menschen. Weltweit ist die Zahl der Angriffe jedoch zurückgegangen, hiess es. So hatten im April diesen Jahres Piraten vor der nigerianischen Küste ein türkisches Frachtschiff angegriffen und sechs Besatzungsmitglieder entführt. Das Schiff war auf dem Weg von Gabun zur Cote d'Ivoire. Von Januar bis März diesen Jahres sank die Zahl der gemeldeten Piratenangriffe laut IMB im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 54 auf 37. Vor allem in Südostasien hatte sich die

Situation verbessert: Dort waren in diesem Jahr bislang noch keine Piratenangriffe gemeldet worden, während sich die Situation vor Westafrika verschlechterte.

Nigeria 27.04.2016

Nigerias Militär befreit 97 Boko-Haram-Geiseln

Nigerias Streitkräfte haben nach eigenen Angaben 97 Geiseln aus der Gewalt islamistischer Boko-Haram-Terroristen befreit. Darunter soll auch eine zweite entführte Schülerin aus dem Ort Chibok sein. Bei dem Einsatz in der Sambisa-Waldregion sollen 35 Terroristen getötet worden, teilte Militärsprecher Sani Usman in der Nacht auf Freitag mit. Bei den befreiten Geiseln handle es sich ausnahmslos um Frauen und Kinder, sagte Usman. Eines der Mädchen gehöre allem Anschein nach zu jenen 276 Schülerinnen, die vor mehr als zwei Jahren von Boko Haram aus einer Schule in Chibok im Bundesstaat Borno entführt worden waren. Mehr als 200 dieser Mädchen werden noch immer vermisst. Erste Schülerin bereits am Mittwoch befreit Bereits am Mittwoch hatten Aktivisten mitgeteilt, dass die 19-jährige Amina Ali Nkeki in der Nähe von Chibok aufgefunden worden war. Sie wurde in der Gefangenschaft von Boko Haram schwanger und hat nun eine vier Monate alte Tochter, die ebenfalls freikam. Nkeki wurde am Donnerstag von Nigerias Präsident Muhammadu Buhari in der Hauptstadt Abuja empfangen. Nach Angaben einer Bürgerwehr in Chibok informierte Nkeki die Behörden über der Verbleib der anderen Mädchen. "Aminas Rettung gibt uns neue Hoffnung", sagte Buhari nach dem Treffen. Die Regierung werde "alles Mögliche unternehmen, um auch die anderen Mädchen zu retten".

Niger 08.06.2016

Zehntausende fliehen vor Boko Haram

Nach einem Angriff der radikalislamischen Gruppierung Boko Haram im Grenzgebiet von Niger sind Zehntausende Menschen auf der Flucht. Bis zu 50.000 Menschen waren seit Samstag aus der von Boko Haram kurzzeitig eingenommenen Stadt Bosso geflohen, teilte das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) am Dienstag mit. Viele Menschen seien "traumatisiert und haben Angst", sagte ein Sprecher. Die Flüchtlinge schliefen im Freien und brauchten "dringend Hilfe". Bosso liegt kurz hinter der Grenze von Nigeria. Kämpfer von Boko Haram hatten die Stadt in der Nacht auf Samstag unter ihre Kontrolle gebracht. Einwohner berichteten von stundenlangen Brandschätzungen und Plünderungen, bevor die Armee die Angreifer in der Früh wieder aus Bosso vertreiben konnte. Nach Behördenangaben wurden bei den Kämpfen 26 Soldaten und 55 Terroristen getötet. Bosso liegt in der Nähe des Tschadsees. Boko Haram griff die Stadt und das Gebiet seit Februar 2015 wiederholt vom benachbarten Nigeria aus an. Seitdem sind dort mindestens 240.000 Menschen auf der Flucht.

Mali 30.06.2016

UNO schickt weitere 2500 Soldaten und Polizisten nach Mali

Der UNO-Sicherheitsrat hat der Entsendung weiterer 2000 Soldaten und fast 500 Polizisten für die Friedensmission im westafrikanischen Mali zugestimmt. Der Entschluss vom Mittwoch kam als Reaktion auf die jüngste Welle der Gewalt, in der sich Angriffe auf UN-Stützpunkte gehäuft hatten. In den vergangenen vier Jahren wurden in Mali mehr als 70 UN-Soldaten getötet. Mit der von Frankreich entworfenen UNO-Resolution wird das Mandat für die Friedensmission Minusma bis Juni 2017 verlängert. Zudem wird die Zahl der zu entsendenden Blauhelme von 11.240 auf insgesamt knapp 13.300 erhöht. Die UN-Mission in Mali, wo islamistische Gruppen besonders den Norden des Landes terrorisieren, gilt als einer der gefährlichsten Einsätze. Beim dritten Angriff auf UN-Kräfte innerhalb weniger Wochen waren Anfang Juni vier Menschen getötet worden, darunter ein Franzose und ein UN-Soldat aus China. Die Terrorgruppe Al-Kaida im Islamischen Maghreb bekannte sich zu den Anschlägen. Ende Mai waren fünf Blauhelmsoldaten bei einem Angriff im Zentrum des

Landes ums Leben gekommen, Mitte Mai starben fünf UN-Soldaten aus dem Tschad im Norden des Landes. Der UN-Truppe in Mali gehören Soldaten und Polizisten aus 73 Ländern an, dazu internationale und einheimische Zivilisten. Die UN-Friedensmission Minusma sowie die EU-Trainingsmission läuft seit drei Jahren und wird derzeit von der deutschen Bundeswehr geführt. Bei dem Einsatz sind auch 20 Österreicher beteiligt. Einsatzgebiet war bisher der etwas sichere Süden des Landes. Eine Ausweitung der Mission nach Norden ist geplant.

Guinea 17.08.2016

Polizei eröffnete Feuer auf Demonstranten

Bei einer Kundgebung von mehreren hunderttausend Regierungsgegnern im westafrikanischen Staat Guinea haben Sicherheitskräfte das Feuer eröffnet und mindestens einen Menschen getötet. Zwölf weitere sollen bei dem Polizeieinsatz verletzt worden sein, teilte die Regierung in der Nacht auf Mittwoch in der Hauptstadt Conakry mit. Dort hatte die Opposition mit einer Grossdemonstration gegen die Regierung mobil gemacht, der sie Korruption und Misswirtschaft vorwirft. Die Opposition sprach von 700.000 Teilnehmern, die Polizei von rund 500.000. Nach Angaben von Sicherheitsminister Abdoul Kabele Camara eröffneten die Beamten das Feuer, nachdem es bei der Kundgebung Gewalttätigkeiten gegeben habe. Der Beamte, der die tödlichen Schüsse abgab, war identifiziert worden, sagte der Minister. Ärzte im Dixinn-Krankenhaus der guineischen Hauptstadt sagten, es würden mehrere verletzte Kundgebungsteilnehmer behandelt. Einer der Verletzten liege im Koma. Die Demonstranten waren einem Aufruf mehrerer Oppositionsparteien gefolgt, um gegen die Regierung von Präsident Alpha Conde zu protestieren. Sie forderten ein Ende von Korruption und Arbeitslosigkeit und mehr Respekt für demokratische Freiheiten. Oppositionsführer Cellou Dalein Diallo wertete die hohe Teilnehmerzahl als "Absage an Diktatur und Misswirtschaft von Alpha Conde". Die Mehrheit der Bevölkerung in der früheren französischen Kolonie lebt von weniger als einem Euro am Tag.

Gambia 23.08.2016

Erneut gambischer Oppositioneller in Haft gestorben

In Gambia ist erneut ein Oppositionspolitiker im Gefängnis ums Leben gekommen. Ebrima Solo Krummah, der nach einer Demonstration im Mai festgenommen worden war, sei in der Nacht auf Samstag nach einer Operation gestorben, teilten Vertreter seiner Partei UDP am Montag mit. Während seiner Haftzeit sei seinen Parteifreunden und Angehörigen der Zugang zu Krummah verweigert worden, sie waren auch nicht über seinen Gesundheitszustand informiert worden. Die UDP verlangte eine gerichtsmedizinische Untersuchung der Leiche. Nach Informationen der Partei war Krummah am 8. August auf eine Krankenstation gebracht und am vergangenen Freitag operiert worden. Wenige Stunden später sei er dann gestorben. Die UDP machte die Regierung für den Tod des Oppositionspolitikers verantwortlich. Erst im April war der bekannte Oppositionsaktivist Solo Sandeng in staatlichem Gewahrsam gestorben. Das US-Aussenministerium äusserte sich "tief besorgt" über den Tod Krummahs. Washington sei "beunruhigt angesichts der Berichte über die Misshandlung inhaftierter Oppositionsvertreter" sowie den Vorwurf der Folter in den Gefängnissen. Das Ministerium verlangte eine unabhängige Untersuchung der jüngsten Todesfälle.

Nigeria 25.08.2016

Unicef: 1,4 Millionen Kinder auf der Flucht vor Boko-Haram

Die Gewalt der islamistischen Terrororganisation Boko Haram hat im Nordosten Nigerias und den Anrainerstaaten schätzungsweise 1,4 Millionen Kinder zur Flucht gezwungen. Etwa eine Million weitere Kinder sind noch in Gebieten gefangen, die von Boko Haram kontrolliert werden oder für Helfer nicht zu erreichen sind, erklärte das UN-Kinderhilfswerk Unicef am

Donnerstag. Die Krise gehöre auf der globalen Agenda zu Migration und Flucht nach oben gesetzt, forderte der Unicef-Direktor für West- und Zentralafrika, Manuel Fontaine. Rund 475.000 Kinder werden zudem nach Unicef-Schätzungen in der Region des Tschadsees an akuter Mangelernährung leiden. Davon können sich Kinder nur mit Hilfe einer spezialisierten Ernährungstherapie wieder völlig erholen. Zur Region des Tschadsees gehören neben Nigeria auch Kamerun, der Tschad und der Niger. Das UN-Welternährungsprogramm hatte erst kürzlich gewarnt, dass sich die Zahl der auf Nahrungsmittelhilfe angewiesenen Menschen dort seit März auf rund 4,5 Millionen Menschen fast verdoppelt hat. Hilfsorganisationen sind angesichts der wachsenden Bedürfnisse überfordert, erklärte Fontaine. Unicef etwa hat demnach bisher nur 13 Prozent von den rund 308 Millionen Dollar (272 Millionen Euro) erhalten, die das Kinderhilfswerk für die Unterstützung von Kindern und Familien in der Region bräuchte.

Niger 07.10.2016

Mehr als 20 Soldaten bei Angriff auf Flüchtlingslager getötet

Kurz vor einem Besuch der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in Niger sind bei einem Terroristenangriff auf ein Flüchtlingslager in dem westafrikanischen Land mehr als 20 Soldaten getötet worden. Bis zu 40 schwer bewaffnete Männer hätten am Donnerstag ein Camp für malische Flüchtlinge in Tazalit nahe der Grenze zu Mali angegriffen, sagte ein Vertreter der Sicherheitsbehörden am Freitag. Dabei waren 22 Soldaten getötet worden. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) bestätigte den Angriff. Demnach wurden fünf weitere Soldaten verletzt, nur drei konnten fliehen. Nach Angaben eines Behördenvertreters überraschten die Angreifer die Soldaten beim Mittagessen. Sie steuerten demnach direkt auf den Wachposten zu und eröffneten mit Maschinengewehren das Feuer auf die Soldaten. Anschliessend raubten sie drei Fahrzeuge, darunter einen Krankenwagen und einen Wagen des UNHCR, sowie Waffen, Lebensmittel und Kleidung, wie der Behördenvertreter weiter berichtete. Zwei Stunden nach dem Angriff hätten sie das Lager wieder verlassen. Erst danach sei militärische Verstärkung eingetroffen. Nach Angaben des UNHCR halten sich derzeit rund 60.000 Flüchtlinge aus Mali in Niger auf. Erst im September waren bei einer ähnlichen Attacke auf ein anderes UN-Flüchtlingslager zwei Zivilisten getötet und mehrere weitere verletzt worden. Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel besucht am Sonntag und Montag Mali und Niger, danach reist sie nach Äthiopien.

Cote d'Ivoire 02.11.2016

Wähler stimmen neuer Verfassung zu

Bei einem Referendum in der Cote d'Ivoire hat sich Präsident Alassane Ouattara erwartungsgemäss mit seinem Entwurf für eine neue Verfassung durchgesetzt. Rund 93 Prozent der Wähler hätten der Vorlage zugestimmt, von der sich Ouattara eine Stabilisierung des Landes verspricht, teilte die Wahlkommission am Dienstag in Abidjan mit. Die Wahlbeteiligung bezifferte sie auf lediglich 42 Prozent. Die Opposition des Landes hatte zum Boykott des Referendums aufgerufen. Präsident Ouattara verspricht sich nach eigenen Angaben von der neuen Verfassung eine Stärkung der Institutionen und eine Überbrückung der tiefen politischen Gräben, die das Land in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder in die Krise gestürzt hatten. Das künftige Staatsmodell orientiert sich an der US-Verfassung mit einer starken Exekutive, der Schaffung eines Senats als zweiter Parlamentskammer sowie der Berufung eines Vizepräsidenten. Die neue Verfassung soll zudem Klarheit schaffen über die lange umstrittene Frage, wer sich als voller Staatsbürger der Cote d'Ivoire fühlen kann. Die bisherige Verfassung hatte etwa jenen Politikern, von denen mindestens ein Elternteil im Ausland geboren war, den Zugang zum Präsidentenamt verwehrt. Diese Einschränkung hatte auch Ouattara betroffen, dessen Vater aus dem Nachbarland Burkina Faso stammt. Ouattara hatte nur deshalb für das Präsidentenamt kandidieren können, weil sein Vorgänger auf

internationalen Druck hin ein Dekret mit einer Ausnahmeklausel unterzeichnet hatte. Das einstige westafrikanische Wirtschaftswunderland Cote d'Ivoire hatte zuletzt schwere Krisen durchgemacht. 1999 gab es einen Militärputsch, 2002 einen Bürgerkrieg der das Land in einen Nord- und Südteil spaltete, sowie schwere Gewalt mit rund 3.000 Toten nach der Präsidentschaftswahl 2010. Inzwischen verzeichnet das Land wieder ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Der Ökonom Ouattara, der früher für den Internationalen Währungsfonds gearbeitet hatte, wirbt aktiv ausländische Investitionen für sein Land an. Seine Amtszeit endet 2020.

Mali 30.11.2016

Anschläge auf Flughäfen im Norden

Extremisten haben im Norden Malis zwei Flughäfen mit einer Autobombe und Raketen angegriffen. Bei dem Anschlägen habe es keine Opfer gegeben, hiess es am Mittwoch in Sicherheitskreisen. Sie zeigten aber, dass die Wüsten-Jihadisten ihren Kampf intensivierten. In Gao wurden durch die Autobomben-Explosion am Dienstagabend Büros der UN-Friedenstruppe in der Nähe des Flughafens zerstört. Im Internet bekannte sich die Gruppe Al-Mourabitoun zu dem Anschlag. Sie ist mit der Al-Kaida im Maghreb verbündet. Gao gilt als am besten gesicherte Stadt im Norden Malis. Dort gibt es Kontrollposten der französischen Soldaten, der UN-Truppe und der Armee Malis. Nach Informationen aus Sicherheitskreisen passierten die Attentäter eine UN-Kontrollstelle mit Fahrzeugen, die ein UN-Abzeichen trugen. Bei einem zweiten Zwischenfall berichteten Einwohner von Timbuktu über einen Raketenangriff auf den Flugplatz der Stadt. Die Geschosse waren aber ausserhalb des Geländes niedergegangen und sollen keine Schäden verursacht haben.

Gambia 02.12.2016

Adama Barrow Sieger bei Wahl in Gambia

Sieger der Präsidentschaftswahl im westafrikanischen Gambia ist der Oppositionskandidat Adama Barrow. Wie die Wahlkommission am Freitag in der Hauptstadt Banjul bekanntgab, kam er auf 45,5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Auf den seit 22 Jahren amtierenden Staatschef Yahya Jammeh entfielen 36,6 Prozent der Stimmen. Der dritte Kandidat, Mama Kandeh, bekam 17,8 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 65 Prozent. Jammeh gestand nach Angaben der Wahlkommission noch vor der Verkündung des amtlichen Ergebnisses seine Niederlage gegenüber seinem Herausforderer ein. Der Kommissionsvorsitzende Alieu Momar Njie sagte vor Journalisten: "Es ist wirklich aussergewöhnlich, dass jemand, der das Land so lange geführt hat, seine Niederlage akzeptiert." Der autokratisch regierende Präsident Jammeh war für ein weiteres fünfjähriges Mandat angetreten. Er hatte sich im Jahr 1994 an die Macht geputscht und wurde seitdem stets wiedergewählt. Die Opposition hatte mit Barrow erstmals einen gemeinsamen Kandidaten aufgestellt. Zu der Wahl am Donnerstag waren knapp 900.000 Menschen aufgerufen. Nach Einschätzung der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch bestand keine Chance auf eine freie und faire Wahl, weil Oppositionsparteien eingeschüchert, Journalisten unterdrückt und Sicherheitskräfte zur Durchsetzung politischer Ziele benutzt würden. Bereits am Vortag der Wahl waren Telekommunikationsdienste, über die sich die Opposition zu Protesten verabredet, nicht mehr verfügbar. Der Geschäftsmann Barrow rückte in den Vordergrund, nachdem im Sommer erneut Spitzenpolitiker der oppositionellen Vereinten Demokratischen Partei (UDP) inhaftiert wurden. Sieben Parteien Gambias und ein unabhängiger Bewerber einigten sich auf Barrow als ihren gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten. Der tiefgläubige Muslim, der dreieinhalb Jahre in Grossbritannien lebte, bezeichnet sich selbst als "Workaholic" und Fussballverrückter. Barrow war früher in Gambias grösster Maklerfirma beschäftigt und hat heute seine eigene Immobilienagentur. Barrow hat zwei Frauen und ist Vater von fünf Kindern.

Nigeria 09.12.2016

57 Tote durch Anschläge in Nigeria

Bei zwei Selbstmordanschlägen im Nordosten Nigerias sind nach Angaben 57 Menschen getötet worden. Zwei Frauen sprengten sich auf einem Markt in die Luft. Hinter den Taten wird die Terrormiliz Boko Haram vermutet. Auf einem Markt im Nordosten Nigerias haben sich zwei Frauen in die Luft gesprengt und jüngsten Behördenangaben zufolge mindestens 57 Menschen mit in den Tod gerissen. Mehr als 170 Menschen wurden verletzt, darunter auch 120 Kinder, sagte der Vorsitzende der Kommunalregierung von Madagali, Yusuf Muhammed. Das Militär machte die Islamistengruppe Boko Haram für den Doppelanschlag verantwortlich. Die beiden Frauen hätten sich als Kundinnen ausgegeben. Ihre Sprengstoffgürtel hätten sie an unterschiedlichen Stellen zur Explosion gebracht: die eine im Lebensmittelbereich, die andere in der Abteilung für gebrauchte Kleidung. Madagali liegt am Rande des Sambisa-Waldes im Bundesstaat Adamawa und ist häufig das Ziel von Angriffen der Terrormiliz Boko Haram. Die nigerianische Armee eroberte die Stadt erst im August 2014 von den Boko Haram zurück. Der Ort liegt 150 Kilometer südöstlich von Maiduguri, der grössten Stadt im Nordosten Nigerias, wo Boko Haram auch entstand.

Ghana 09.12.2016

Akufo-Addo gewinnt Wahl in Ghana

Der langjährige Oppositionsführer Ghanas, Nana Akufo-Addo, hat die Präsidentenwahl gewonnen. Zwei Tage nach der Wahl erkannte Amtsinhaber John Dramani Mahama seine Niederlage an. "Ich kann bestätigen, dass Präsident Mahama angerufen und Nana Addo gratuliert hat", sagte ein Parteikollege aus Akufo-Addos New Patriotic Party. Mahama habe dem Oppositionsführer die weitere Zusammenarbeit zum Wohle des Landes zugesagt. Der 72-jährige Akufo-Addo freue sich über seinen Erfolg bei den Wahlen, so der Sprecher. Er betrachte ihn als Herausforderung, um seinen Landsleuten zu beweisen, dass er seinen Worten auch Taten folgen lassen werde. Akufo-Addo war nach zwei gescheiterten Versuchen zum dritten Mal angetreten. Ein offizielles Ergebnis der Wahlkommission steht noch aus. Ghana war früher unter britischer Kolonialherrschaft und erlangte 1957 als erstes Land in Afrika südlich der Sahara die Unabhängigkeit. Ghana gilt als eine Musterdemokratie auf dem Kontinent. Mahama hatte in den vier Jahren an der Staatsspitze für einen Ausbau der Infrastruktur gesorgt, unter anderem mit dem Bau neuer Schulen und Krankenhäuser. Viele Wähler jedoch machten Mahama und den regierenden Nationalen Demokratischen Kongress (NDC) für die anhaltende Wirtschaftskrise verantwortlich. Ghanas Wirtschaft hängt stark von Rohstoffexporten wie etwa Gold, Kakao, Diamanten und Aluminium ab. Sinkende Weltmarktpreise und eine jahrelange Energiekrise führten zu steigenden Arbeitslosenraten und Unmut in der Bevölkerung.

Nigeria 28.12.2016

Regierung streicht "Geister-Beamten" die Gehälter

Im Kampf gegen die Korruption nimmt die nigerianische Regierung die "Geister-Beamten" des Staatsapparats ins Visier. Im Laufe des Jahres sollen rund 50.000 solcher Bediensteter von den staatlichen Gehaltslisten gestrichen worden, weil sie zwar formell als Staatsbedienstete geführt und bezahlt wurden, aber nie bei der Arbeit auftauchten, wie das Präsidialamt in Abuja am Dienstag mitteilte. Durch die Streichungen blieben dem Staatshaushalt jährlich rund 630 Millionen Euro an erschwindelten Lohnausgaben erspart. Nigeria gilt als eines der korruptesten Länder der Welt. Präsident Muhammadu Buhari hatte die Wahl im vergangenen Jahr mit dem Versprechen eines schonungslosen Kampfes gegen die Korruption gewonnen. Durch das Vorgehen gegen die "Geister-Beamten" spare der Staat eine "enorme Summe", erklärte das Präsidialamt. Die Regierung arbeite weiter daran, den Staatsapparat "von Betrug zu befreien". Erst in der vergangenen Woche hatte Buharis Regierung neue Anreize

geschaffen, um Hinweise auf Korruption aus dem Staatsapparat selbst zu bekommen. Sie versprach Whistleblowern aus dem Staatsapparat ihren besonderen Schutz, zudem sollten diese Hinweisgeber als Belohnung bis zu fünf Prozent der ersparten Summe bekommen.

Quelle: Nationale und Internationale Pressemeldungen
<http://www.westafrikaportal.de>